



Aarburg

zentral ideal!

EINWOHNERGEMEINDE AARBURG

PROTOKOLL der Gemeindeversammlung vom Freitag, 25. November 2011

Anwesend	Gemeindeammann Vizeammann Gemeinderäte	Charly Grob Alois Spielmann Bruno Christen Rolf Walser Michael Meier	(Vorsitz)
	Gemeindeschreiber	Stephan Niklaus	(Protokoll)
	Stimmzähler	Steiger Werner Walser Daniela	
Ort	Mehrzweckhalle Paradiesli		
Zeit	19.30 – 23.10 Uhr		

Zahl der Stimmberechtigten	3'485
Beschlussesquorum nach § 30 GG (1/5 der Stimmberechtigten)	697
1/10 der Stimmberechtigten für fakultatives Referendum (§ 7 GO)	349
Anwesende Stimmberechtigte	214
1/4 der anwesenden Stimmberechtigten für geheime Abstimmung (§ 27 Abs. 2 GG)	54

Traktanden

1. Protokoll vom 17. Juni 2011
A1.2.2 / 2011-08
2. Kreditbegehren von brutto CHF 7'780'000 für die Sanierung
und Erweiterung der Schulanlage Höhe
L2.2 / 2011-09
3. Kreditbegehren von brutto CHF 1'387'000 für die Erschliessung
Paradiesli - Falkenhof 3. Etappe mit Verlängerung Bornstrasse
und Spange Hofmatt
B1.7.3 / 2011-10
4. Kreditbegehren von CHF 340'000 für die Durchführung des
Quartierentwicklungsprogramms Aarburg Nord
B1.3.2 / 2011-11
5. Budget 2012 mit einem um 5 % von 119 % auf 124 % erhöhten
Steuerfuss
F3.7.7 / 2011-12
6. Einbürgerungen
 - 6.1 Besic, Senadin
 - 6.2 Filipovac, Suzana
 - 6.3 Gonzalez Villaverde, Maria del Pilar
 - 6.4 Hosseini, Mirwais und Tochter
 - 6.5 Marjanovic, Ivan
 - 6.6 Marjanovic, Kristina
 - 6.7 Meholli, Sara
 - 6.8 Murseli, Elife
 - 6.9 Pajtak, Danijel und Familie
 - 6.10 Picciano, Antonio
 - 6.11 Quaino, Carmelo
 - 6.12 Salcaj, Bekim und Familie
 - 6.13 Salcaj, Sphend und Kinder
 - 6.14 Tahiri, Ilir
 - 6.15 Tassone, Mara
 - 6.16 Terzi, FatmaB5.1.2 / 2011-13
7. Orientierung und Umfrage

Verhandlungen

Gemeindeammann Charly Grob begrüsst die Anwesenden zur Gemeindeversammlung. Er stellt fest, dass die Versammlung ordnungsgemäss einberufen wurde. Die Unterlagen wurden fristgerecht zugestellt. Die Akten lagen zur öffentlichen Einsichtnahme auf. Die heutigen Beschlüsse unterliegen dem fakultativen Referendum.

An die Stimmbürger bzw. Redner/Votanten ergeht der Appell, stets das Mikrofon zu benutzen und sich den Anwesenden wie auch zu Händen des Protokolls mit Name und Vorname vorzustellen.

1. Protokoll

Beschluss:

Das Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2011 wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist am Dienstag, 03. Januar 2012 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an
– Akten GR A1.2.2

2. Kreditbegehren von brutto CHF 7'780'000 für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Höhe

Gemeinderat / Bauchef Rolf Walser geht auf die Ausgangslage und die die heutige Situation mit den Schulanlagen und insbesondere mit der Schulanlage Höhe wie in der Vorlage beschrieben ein. In Aarburg Nord haben wir eine relativ anspruchsvolle Sozialstruktur und wenig bis gar keine attraktive Begegnungsräume. Aarburg Nord braucht nun eine ziel- und zukunftsgerichtete Investition für die Wohnbevölkerung und v.a. für unsere Jugend.

Rolf Walser geht weiter ein auf die bestehenden Pavillonlösungen, den bestehenden Schulraum, die heute vorhandenen Bausubstanzen, auf den Sanierungsbedarf innen und aussen und auf die gesetzten Anforderungen an die neue Schulanlage. Der Schulraumbedarf wurde von der Schulpflege genau beziffert. Verschiedene Gruppen- und Aufenthaltsräume fehlen derzeit in der Höhe gänzlich! Die geplanten neuen Raumstrukturen sind unbedingt erforderlich, dies auch im Hinblick auf die geplante Einführung der Blockzeiten.

Schulpflege und Schulleitung haben die Entwicklung der Schülerzahlen gestützt auf die Schülerstatistik klar prognostiziert. Die neuen Räume werden auch den Anforderungen an die heutigen Unterrichtsformen genügen. Die Integration des Kindergartens Rotel in die Schulanlage Höhe ist ein weiteres Anliegen der Schulpflege. Auch im Kiga Rotel besteht Sanierungsbedarf. Es macht nun Sinn, diesen ausgegliederten Einzelkindergarten Rotel in die Schulanlage Höhe miteinzubeziehen.

Weiter geht **Rolf Walser** ein auf den Planungskredit, den Studienauftrag, das notwendige Vorprojekt, das im Detail noch veränderbare Projekt, die vorgesehene Aussenraumgestaltung, die Details der Kosten der geplanten Sanierung und Erweiterung und auf die Termine der etappierten Umsetzung des Projektes. Zudem erläutert er, warum nicht auch gerade die Turnhalle Höhe in die Sanierung miteinbezogen wurde: Diese hätte von der Etappierung her erst etwa in 6 Jahren erneuert werden können. Dabei wäre auch die Aussenhülle neu zu machen. Mit Blick auf die etwas später zwingendermassen nachfolgende Erneuerung der aus dem Jahr 2000 stammenden Heizung würde aber vieles präjudiziert.

Nach der Kreditsprechung wird die Arbeitsgruppe das Projekt mit dem Architekt weitertreiben. Parallel dazu wird eine Arbeitsgruppe, bestehen aus Vertretern von Lehrpersonen aus der Schulanlage Höhe, in Leben gerufen, welche die Wünsche bei der Ausgestaltung des „neuen“ Schulhauses einbringen werden.

Kosten

Schulhaus 1970		
mit Erweiterung		4'908'000
Schulhaus 1954 (Kiga)		1'122'000
Ausstattung		200'000
Umgebung		317'000
Vorbereitung / NK / Honorare		1'233'000
TOTAL	CHF	7'780'000

Kostenschätzung +/- 15 %

FGPK-Mitglied Hanspeter Neuenschwander gibt die Haltung der FGPK bekannt. Die Höhe des Bruttokredites hat die FGPK zu Beginn schon ziemlich erschreckt, weshalb das Geschäft auch in mehreren Arbeitssitzungen gründlich durchleuchtet wurde. Die beantragte Lösung erscheint der FGPK als richtig. Es wird eine gute Lösung getroffen; ein Hinausschieben würde noch mehr Kosten mit sich bringen. Eine günstigere „Machart“ scheint nicht möglich. Der Kredit ist knapp berechnet, es wird kein Luxus eingebaut, die Vorlage beschränkt sich auf das Notwendige. Die FGPK empfiehlt einstimmig die Zustimmung zum Kredit.

Die **FGPK** möchte jedoch beliebt machen, dass der Betrag von CHF 7'780'000.-- (noch ohne allfällige Teuerung) als maximales Kostendach verbindlich gesetzt wird und **stellt entsprechend Antrag**. Der Kreditbetrag darf nicht überschritten werden.



Kaspar Fiechter hat erfahren, dass das Progres-Gebäude dem Gemeinderat anfangs 2011 zum Kauf angeboten worden ist. Hat eine Besichtigung stattgefunden? Besteht ein Besichtigungsprotokoll? Das Gebäude hätte genügend Platz geboten für die im Projekt vorgesehenen Räume (es sind dies keine Klassenzimmer, denn das Projekt gemäss Kreditantrag enthält keine zusätzlichen solchen). Eine gute und vor allem kostensparende Variante welches das Progres Gebäude geboten hätte wurde auf fahrlässige Art und Weise nicht wahrgenommen.

Weiter: Möglicherweise wird die Bezirksschule Aarburg bei Annahme der Schulreform 6/3 schliessen müssen. Man hat dann genügend Schulräume und Aarburg könnte einige Millionen Franken sparen. Das vorliegende Projekt ist absolut überrissen und muss aufgrund der heutigen Finanzlage der Gemeinde zurückgestellt werden. Sanierung ja, aber das Projekt in der vorliegenden Form ist abzulehnen.

Gemeinderat Rolf Walser erhellt zum Thema gefährdeter Bezirksschul-Standort, dass es durchaus möglich ist, mit benachbarten Gemeinden dann gegebenenfalls einen Schulkreis zu bilden. Dann hätte man keinen vorrätigen Schulraum wie Herr Fiechter dies vorbringt. Inzwischen warten wir doch aber in dieser Sache die mehrjährige Übergangsfrist ab. Weiter: Wenn die Schulanlage nur saniert wird dann fehlen wieder die Gruppenräume und auch der für die Einführung von Blockzeiten nötige Schulraum. Die Logopädiezimmer, die Aula und der Raum für die Schulsozialarbeit etc. fehlen dann auch. Ob in der Progres Liegenschaft die Nutzungen für all die benötigten Schulzimmer hätten untergebracht werden können ist mehr als nur fraglich. Die Anlage wurde aber angeschaut und es musste dann rasch festgestellt werden, dass der Sanierungsbedarf viel zu gross gewesen wäre. Man hätte mit dieser Progres Liegenschaft (heute: „Weisse Moschee“) nur ein weiteres Provisorium geschaffen welches von der bisherigen Schulanlage doch recht weit entfernt ist. Die Erfordernisse an eine gescheite Organisation im Schulbetrieb hätten nicht erfüllt werden können!

Kaspar Fiechter ist mit den Ausführungen nicht einverstanden. Das Progres Gebäude ist nicht viel zu weit weg! Der Fussweg dort rüber wäre für die Schulkinder keine Zumutung. Wurde genau studiert, wieviel in dieses Gebäude hätte gesteckt werden müssen? Es werden fast 8 Millionen Franken beantragt, der Steuerfuss geht dann wohl noch weiter rauf und neue Leute sollen dann auch noch nach Aarburg kommen? Es muss gespart werden, das Geld kommt von uns Steuerzahlern. Der in der heutigen „Weissen Moschee“ vorhandene Gebetsaal wäre zB. als Singsaal weitaus genügend gross.

Gemeinderat Rolf Walser erachtet die Diskussion als obsolet, nachdem die Liegenschaft längst an Dritte verkauft worden ist. Der Gemeinderat hat sich die Sache angeschaut und klar entschieden, dass er dieses Gebäude für die Zwecke der Schule als nicht tauglich erachtet.

Armin Krause, Vizepräsident Schulpflege, attestiert dem Schulhaus Höhe einen desolaten Zustand. Eine Zumutung für jede Lehrperson, eine Zumutung für jedes Kind das dort zur Schule muss. Enge und dunkle Verhältnisse. Als Grundlage der Schulraumbedarfs-Berechnung wurden die Schülerzahlen 2016/2017 herangezogen. Der Raumbedarf gemäss Projekt beinhaltet lediglich das notwendige für einen modernen und geordneten Schulbetrieb. Das Progres Gebäude, ein Fabrikgebäude, hätte bei der Umwandlung in ein Schulhaus auch etliche Kosten verursacht. Das vorliegende Projekt ermöglicht eine Investition in die Zukunft und eine Investition für unsere Schuljugend. Im Namen der Schulpflege Aarburg empfiehlt er den beantragten Kredit zur Annahme.

Beat Siegrist hat 3 schulpflichtige Kinder. Trotzdem kann er dem Kredit nicht zustimmen; zu hoch sind seine Steuerrechnungen jetzt schon.

Jörg Villiger fragt, ob die traktandierete 5%ige Steuererhöhung eine reine Folge des hohen Kreditbetrages ist. Weiter: Die Heizung in der Schulanlage Höhe wird aussagegemäss noch 10 Jahre laufen; wäre es nicht sinnvoller das Heizungskonzept jetzt schon anzuschauen und als Gemeinde ev. beispielhaft mit einer Holzschmelzeheizung voranzugehen? Eine solche Holzschmelzeheizung könnte – so hat es die Ortsbürgergemeinde an und für sich signalisiert – von letzterer finanziert werden.

Gemeindeammann Charly Grob macht klar, dass die Heizung im Jahr 2000 oder 2001 saniert wurde und noch läuft. Diese Heizung sollte noch mindestens 10 Jahre durchstehen.

Gemeinderat Rolf Walser sagt klar, dass heute zum Thema Heizung nichts entschieden werden kann; zuerst müsste das Energiekonzept erstellt werden. Wenn die Ortsbürgergemeinde die Erstellung und den Betrieb eines kleinen „Wärmeleistungswerkes“ offeriert kommt man vielleicht in Zukunft einmal gemeinsam ins Geschäft. Das ist aber nicht das Thema von heute Abend.

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann erörtert zur finanziellen Belastung, dass der Kredit Sanierung/Erweiterung Schulhaus Höhe Kapitalfolgekosten von 4 % mit sich bringt. Diese fallen aber gestaffelt an und sind jährlich zu 10 % abzuschreiben. Wenn dann das neue Rechnungsmodell HRM kommt erstreckt sich die Abschreibungsdauer auf voraussichtlich 35 Jahre oder 40 Jahre. Es müssen für Abschreibungen dann pro Jahr also deutlich weniger Steuergelder verwendet werden. Die heute beantragte Steuererhöhung hat nichts zu tun mit dem Kredit!

Kurt Märki hat das Bild des neuen Schulhauses gesehen mit den schönen grossen Fenstern. Andersorts muss man genau dieser Fenster wegen kühlen! **Gemeinderat Rolf Walser** antwortet, dass die Gebäudehülle im Minergie-Standard mit modernster Technik gehalten wird und nicht gekühlt werden muss.

Fritschi Margot sieht nicht ein, warum die grossen Investitionsausgaben (1 Million Franken im 2012) für das Schulhaus Höhe nichts zu tun haben sollen mit der Erhöhung des Steuerfusses. Weiter spricht sie an, dass in Aarburg rund 700 neue Wohnungen geplant sind, ist das in den Schülerzahlen auch wirklich eingerechnet worden? Müssten nicht deutlich mehr Klassenzimmer gebaut werden?

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann: 1 Million Investition bedarf Abschreibungen von 100'000 Franken, das sind 0,6 Steuerprozent und eben nicht 4. Der Steuerfuss erhöht sich wegen dermassen vielen anderen zusätzlichen, nicht vorhersehbar gewesenen Belastungen!

Gemeinderat Rolf Walser bekräftigt die Aussagen von Vorredner Armin Krause betreffend Schülerzahlen. Aarburg kann nicht „auf Halde“ Schulraum erstellen, den man dann in 8-10 Jahren braucht oder halt eben nicht. Es werden auch nicht 700 Wohnungen auf einen Chlapf gebaut. Falls dann aber

dereinst zu wenig Schulraum vorhanden sein sollte kann in der Höhe wie auch im Paradiesli angebaut werden, ohne dass wieder teure und unsinnige Pavillons gestellt werden müssen.

Alex Antener ist nicht gegen die Erweiterung, ruft aber dazu auf, eine günstigere Lösung zu suchen, sodass der Steuerfuss nicht heraufgesetzt werden muss. Weiter: Warum wurde der Spielplatz beim Kindergarten Rotel kürzlich noch erneuert wenn doch dessen Zeit am Ablaufen ist?

Gemeindeammann Charly Grob erinnert daran, dass sich bei den Schülerzahlen immer wieder Verschiebungen ergeben. Unlängst zum Beispiel musste in Aarburg Süd eine Kindergartenabteilung geschlossen werden.

Schulpflege-Vizepräsident Armin Krause macht klar, dass die Schulpflege weiss, dass in Aarburg Süd zu wenig Platz ist für Kindergärten. Jetzt ist aber prioritär auf die Baustelle in Aarburg Nord zu schauen; man kann nicht überall gleichzeitig bauen. Die Pavillons zB. sind in desolatem Zustand, es MUSS jetzt etwas gemacht werden.

Urs Erni verweist auf den Neubau Bahnhof Aarau, wo überall Glas modernster Art verwendet wurde. Wenn es irgendwo Licht braucht dann ist das sicher in einem Schulhaus. Aarburg Nord braucht jetzt sanierten und erweiterten Schulraum. Ansonsten wird das Thema Aarburg Nord heute Abend ja noch bei einem weiteren Traktandum diskutiert.

Iwan Plüss erachtet Gebäude mit hohem Glasanteil als energetisch ineffizient. Im weiteren bezweifelt er die Berechnungen betreffend Abschreibungen im Zusammenhang mit der Steuerfusserhöhung und prognostiziert, dass Aarburg Süd in wenigen Jahren schon Schulraumbedarf haben wird.

Ein weiterer Votant spricht zu den natürlichen Verlagerungen bei der Schüleranzahl und fügt an, dass bei Sanierungen in alten Industrie- und Fabrikgebäuden erfahrungsgemäss immer grosse Schadstoffbelastungen zutage treten. Ein Dank hier an den Gemeinderat dass er die Finger von dieser Liegenschaft gelassen hat. Weiter: Es zählt nicht nur der Steuerfuss; eine gute Infrastruktur, vor allem auch bei den Schulen, ist wichtig.

Die FGPK erinnert daran, dass sie den Kreditbetrag als ultimatives Kostendach verbrieft haben will.

Die Meinungen sind gemacht, der Vorsitzende schreitet zur Abstimmung.

Beschluss (*grossmehrheitlich*):

Für die Sanierung und Erweiterung der Schulanlage Höhe wird als Kostendach ein Kredit von brutto CHF 7'780'000 inkl. MwSt. zuzüglich allfällige Teuerung (Preisstand 1.4.2011) bewilligt.

Dieser Beschluss ist am Dienstag, 03. Januar 2012 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Schulpflege
- Schulleitung
- Akten GR L2.2 Schulhaus Höhe
- Akten GR S1.6 Blockzeiten Schule Aarburg
- Akten GR E2.1.1 Holzsnitzelheizung
- BPU
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindegreiber

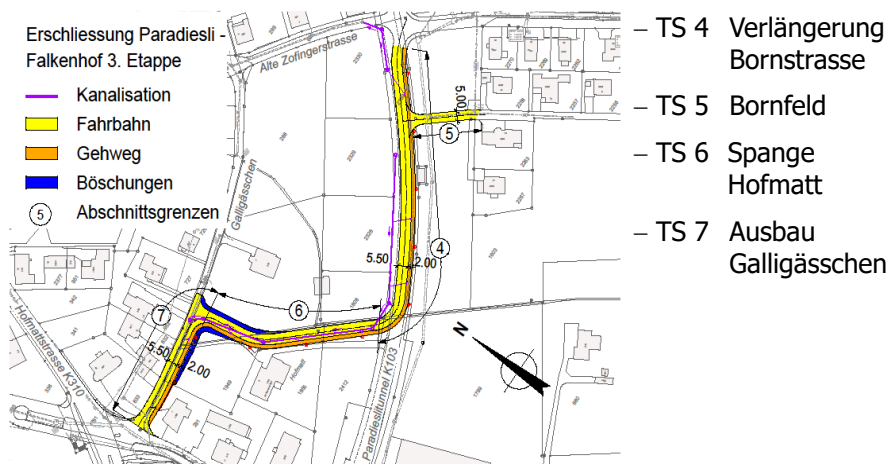
3. Kreditbegehren von brutto CHF 1'387'000 für die Erschliessung Paradiesli – Falkenhof 3. Etappe mit Verlängerung Bornstrasse und Spange Hofmatt

Gemeinderat Rolf Walsler klärt auf, dass mit dem vorliegenden Kreditbegehren die Fertigstellung des Erschliessungsplanes Paradiesli – Falkenhof (aufgelegen 2006) einhergeht. Die 1. Etappe (Ausbau Alte Zofingerstrasse) und die 2. Etappe (Bau erster Teil der Stampfibachstrasse) wurden 2006–2009 fertiggestellt. Jetzt geht es um den Finish mit dem Bau der Spange Hofmatt. Der Investor bzw. Eigentümer des Landes zwischen Bornstrasse und Galligässchen will bauen. Das eingezonte Bauland ist nun zu erschliessen. Gleichzeitig will die Gemeinde ihr eigenes Bauland (Zone W2, ca. 5000 m² / Wert ca. 1.8 Mio. Franken) in diesem Bereich nun auch zum Verkauf bringen.

Das Ziel dieser 3. Etappe ist auch, dass das Verkehrsregime Aarburg Süd fertiggestellt werden kann. Damit verbunden ist die direkte Anbindung an die Hofmattstrasse. Damit einher geht eine Entlastung der Pilatusstrasse unterer Bereich und auch des Centralplatzes. Das Galligässchen (Schulweg) muss auf einer gewissen Länge ausgebaut werden wobei südseitig ein Trottoir erstellt wird. Auch die Anbindung des Bornfeldes ist nun fällig; diese ist bereits vorfinanziert durch die dortigen Hauseigentümer.

Weiter äussert er sich zu den Gesamtkosten und zum Kostenverteiler und ruft dazu auf, den Kredit zu genehmigen. Baubeginn soll 2012 sein. Bereits gegen Herbst 2012 soll dann für die Privaten Baubeginn sein.

Projekt 3. Etappe - Situation



FGPK-Mitglied Christian Suter gibt den Prüfbericht der FGPK bekannt. Nach eingehender Prüfung stimmt die FGPK dem Kreditbegehren einstimmig zu.

Beschluss (klare Zustimmung):

Für die Erschliessung Paradiesli – Falkenhof 3. Etappe mit Verlängerung Bornstrasse und Spange Hofmatt inkl. Abwasserleitung wird ein Kredit von brutto CHF 1'387'000 inkl. MwSt. zuzüglich allfällige Teuerung (Preisstand September 2011) bewilligt.

Dieser Beschluss ist am Dienstag, 03. Januar 2012 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR B1.7.3 EP Paradiesli - Falkenhof
- Akten GR S3.4 Alte Zofingerstrasse
- Akten GR S3.4 Bornstrasse
- BPU
- TB
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

4. Kreditbegehren von CHF 340'000 für die Durchführung des Quartierentwicklungsprogramms Aarburg Nord

Gemeinderat Michael Meier erläutert die Vorlage näher. Die Herausforderungen im Gebiet Aarburg Nord sind gross. Einerseits besteht eine rege Fluktuation. Andererseits leben in Aarburg Nord verschiedene Menschen mit verschiedenen Kulturen und Sprachen. Auch lebt die Mehrheit unserer Sozialhilfe-Abhängigen in Aarburg Nord. Weiter ist das Gebiet durch Grenzen wie Bahn und Strassen stark fragmentiert. Das Ziel ist es, die Lebensqualität im Wohngebiet nachhaltig zu verbessern. Deshalb hat der Gemeinderat sich dazu entschlossen, am Entwicklungsprogramm „Projets urbains“ des Bundes teilzunehmen. Er erläutert verschiedene Aspekte zu diesem Geschäft wie im GV-Büchlein beschrieben und erwähnt speziell die vorgesehene Schaffung einer Quartierarbeiterstelle mit einem Pensum von 50 %. Die fachliche Begleitung des gesamten Projekts soll durch die Fachhochschule Nordwestschweiz, Institut Sozialplanung und Städtebau stattfinden. Letzteres Institut hat schon verschiedene solcher Projekte durchgeführt oder begleitet.

Das Projekt soll von der Bevölkerung, vorab Aarburg Nord, getragen und gestaltet werden. Für jeden der vier Bereiche Soziales und Bevölkerung, Städtebau und Liegenschaften, Gewerbe sowie Verkehr und Mobilität würde ein Schlüsselprojekt durchgeführt.

Zwei wesentliche Bedingungen müssen erfüllt sein, damit das Projekt umgesetzt werden kann: Erstens muss die Gemeinden den vorliegend beantragten Kredit von CHF 340'000 als Gemeindeanteil für 4 Jahre (100'000 Projektbeitrag und 240'000 Personal- und Mietkosten) sprechen. Zweitens muss der Bund die Gemeinde ins „Projets urbains“ aufnehmen, weil nur so die übrigen finanziellen Beiträge fliessen und das Projekt finanziert werden kann. Nebst dem Kostenanteil der Gemeinde zahlt der Kanton CHF 100'000 an das Projekt und beim Bund ist ein weiterer Beitrag von CHF 200'000 beantragt worden.

Zur Stelle des Quartierarbeiters: Die Stelle des Jugendarbeiters hätte ab 2013 wieder besetzt werden sollen. Die Jugendarbeiterstelle soll nun auf die Quartierarbeit ausgeweitet werden.

Er geht anschliessend näher ein auf die Idee und die Ziele von „Projets urbains“ und empfiehlt zuletzt die Annahme des Kredites.

Ziele

Grenzen zwischen den Quartieren, Kulturen und Generationen sollen überwunden werden.



FGPK-Mitglied Richard Sommerhalder gibt den Prüfbericht der FGPK bekannt. Nach eingehender Beratung stimmt die FGPK dem Kreditbegehren einstimmig zu.

Jörg Villiger findet das Projekt gut. Er fragt sich aber, ob mit den betroffenen Einwohnern gesprochen wurde, ist ein Bedürfnis überhaupt vorhanden? Weiter: Haben dann vom Quartierarbeiter bzw. Jugendarbeiter auch die Jugendlichen aus anderen Quartieren als Aarburg Nord etwas ?

Gemeinderat Michael Meier meint, dass die Ideen aus der Bevölkerung noch aktiv hereingeholt werden. Auf verschiedene Bevölkerungsgruppen ist man anlässlich der von der Fachhochschule bearbeiteten Gesellschaftsstudie bereits zugegangen. Der Quartierarbeiter/Jugendarbeiter wird insbesondere zu Beginn vorwiegend in Aarburg Nord tätig sein. Die Jugendarbeit soll sich aber nach und nach auf ganz Aarburg ausweiten.

Margot Fritschi, ehemalige Aarburger Jugendarbeiterin, findet das Projekt super und ist hoch begeistert. Was aber stört ist, dass die Jugendarbeit fehlt. Seit gut 2 Jahren ist die mit 70 Stellenprozenten bewilligte Jugendarbeiterstelle verwaist und das Jugendhaus geschlossen. Das Projekt geht schlussendlich zu Lasten der Jugendarbeit. Sie bezweifelt, dass der geplante Quartierarbeiter/Jugendarbeiter die ganze Arbeit mit 50 Stellenprozenten schaffen soll. Das Jugendhaus Alte Turnhalle war seit 20 Jahren in Betrieb. Die Differenz von 50 auf die bewilligten 70 % sollte für die Jugendarbeit in der Alten Turnhalle herangezogen werden. Die Jugendarbeit darf nicht auf der Strecke bleiben!

Gemeindeammann Charly Grob fügt an, dass die Stadt Olten und auch die Gemeinde Spreitenbach an „Projets urbains“ teilgenommen haben und sehr zufrieden sind.

Kaspar Fiechter will wissen was passiert, wenn der Bund die Gemeinde Aarburg nicht aufnimmt im Projekt „Projets urbains“. Man hat einmal verlauten lassen, dass weitere Projekte im Bereich Stadtaufwertung aus dem Fonds roulant finanziert werden. Ist da jetzt Geld drin? Ist die Zahlung des AVA von 1 Million Franken an die Gemeinde aus dem Schadenfall „Brand alte Domotec“ gesichert? Wird das Projekt „Projets urbains“ nun, samt dem allenfalls nicht fliessenden Bundesbeitrag von CHF 200'000, aus dem Fonds roulant berappt? Dieser Fonds soll das alles finanzieren, andernfalls ist der Kredit abzulehnen.

Vizeammann Alois Spielmann antwortet, dass das Projekt und damit der Kredit ins Wasser fallen, falls der Bund nicht mitfinanziert. Solange der „Fonds roulant“ noch nicht geäufnet ist, kann aus dem Stadtaufwertungsfonds (so heisst der Fonds korrekt) eben auch noch nichts finanziert werden.

Susanne Grendelmeier erachtet „Projets urbains“ als ein tolles Projekt und unterstützt es. Man darf aber Aarburg Süd nicht vernachlässigen, dort wohnen gute Steuerzahler. Der Rundum-Blick darf nicht verloren gehen.

Kurt Vonwiller plädiert dafür, dass – sofern der Kredit gesprochen wird – dessen Finanzierung in jedem Fall aus dem Stadtaufwertungsfonds erfolgen muss und stellt grad entsprechend **Antrag**. Überdies ruft er dazu auf, den Kredit abzulehnen.

Für **Urs Erni** geht es um viel mehr als um die Stadtaufwertung. Aarburg Nord hat teilweise katastrophale Zustände. Die Strukturen können aber verbessert werden. Ein desolater Stadtteil von Solothurn und das verarmte Städtchen Burgdorf hatten ähnliche Probleme wie wir in Aarburg Nord haben. Diese Gemeinden haben die Sache in Angriff genommen und recht gute Erfolge erzielt. Wenn wir nichts machen ist die Situation in 10 Jahren dann nicht mehr rettbar; andernfalls bestehen gute Chancen.

Ein weiterer Votant stört sich an der Unterteilung Nord / Süd. Wenn man nichts macht in Aarburg Nord kommt es auf die Länge sicher nicht billiger... Er ruft dazu auf, dem Kredit zuzustimmen.

Ein anderer Votant gibt ein Musterli von wiederholten Nachtruhestörungen zum Besten, wie negativ und störend zum Teil ausländische Mitbewohner in Aarburg Nord agieren. Bringt das Programm „Projets urbains“ auch in solchen Situationen etwas? In Sachen Wohnqualität in Aarburg Nord besteht weitem eine grosse Unzufriedenheit. Es sollte etwas getan werden.

Gemeinderat Michael Meier erläutert, dass ein wichtiger Bestandteil des Projekts der Dialog zwischen den Kulturen ist. Die Kommunikation und Konfliktlösungskultur müssen angegangen werden. Das vorgebrachte Beispiel ist sehr gut. Die Bearbeitung solcher Punkte ist auch ein Bestandteil des Projektes. Weiter zum Votum Kurt Vonwiller: Wenn der Bund uns für dieses Projekt auswählt müssen wir dann auch tatsächlich anfangen, ob finanzielle Mittel im Stadtaufwertungsfonds vorhanden sind oder nicht. Wir müssen nach dem Fahrplan des Bundes vorgehen und das bedeutet, dass das Projekt 2012 startet.

Es ergeben sich keine weiteren Fragen.

Die Meinungen sind gemacht, der Vorsitzende schreitet zur **Abstimmung**.

Abstimmung über Antrag Kurt Vonwiller

Der Antrag GR → Finanzierung über die Laufende Rechnung wenn noch keine Mittel im Stadtaufwertungsfonds sind, vereinigt 76 Stimmen auf sich. Der Antrag Kurt Vonwiller → Finanzierung hat ausschliesslich über diesen Fonds zu erfolgen, vereinigt 61 Stimmen auf sich. Damit ist der **Antrag Kurt Vonwiller abgelehnt**.

Schluss-Abstimmung

Beschluss (88 Ja Stimmen / 97 Nein-Stimmen):

Der Kredit von CHF 340'000 für die Durchführung des Quartierentwicklungsprogramms Aarburg Nord wird nicht bewilligt.

*Gegen diesen Beschluss ist erfolgreich das Referendum ergriffen worden.
Die Urnenabstimmung findet am 11.03.2012 statt.*

Protokollauszug an

- Akten GR B1.3.2
- BPU
- SD
- Fi

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

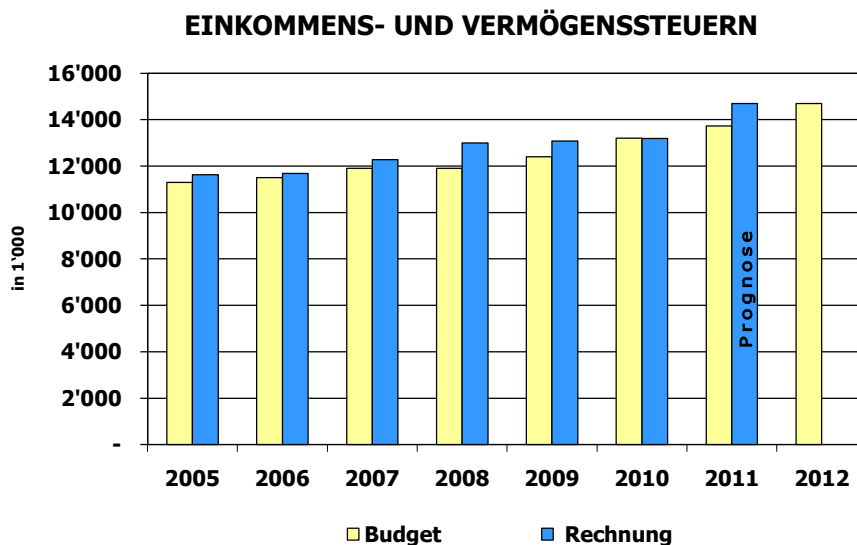
5. Budget 2012 mit einem um 5 % von 119 % auf 124 % erhöhten Steuerfuss

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann erläutert einleitend, dass er vor einem halben Jahr einen miserablen Rechnungsabschluss 2010 präsentieren musste. Man wusste kaum wie weiter mit der Gemeinde. Zwischenzeitlich war eine a.o. Steuereinnahme von 1 Million Franken zu verzeichnen. Dann können erste Minderausgaben dank der neuen Strategie bei den Sozialen Diensten verzeichnet werden. Weiter durften erhebliche Mehrereinnahmen an Rückerstattungen des Kantons für Sozialhilfeleistungen eingebucht werden. Zusammen mit dem bewilligten Landabtausch beim Geschäft Gishalde tun sich nun Perspektiven auf. Die Rechnung 2011 wird mit heutigem Wissensstand höchstwahrscheinlich kein Defizit sondern eine schwarze Null schreiben und es können am immensen Bilanzfehlbetrag zusätzliche Abschreibungen getätigt werden.

Leider muss der Gemeinderat nun eine Steuerfusserhöhung von 5 % vorschlagen. Es sind stehen hohe Ausgaben (Spitalversorgung, öff. Verkehr, Lehrerbesoldung) an, von denen man im Jahr 2010 noch nichts wissen konnte. Der Aufwandüberschuss beziffert sich auf CHF 460'000. Das bedeutet dass die Gemeinde die zusätzlichen Abschreibungen auf dem Finanzfehlbetrag nicht tätigen kann. Hätten wir diesen Finanzfehlbetrag letztes Jahr nicht gemacht, müsste nichts abgeschrieben werden und es könnte ein ausgeglichenes Budget 2012 vorgelegt werden.

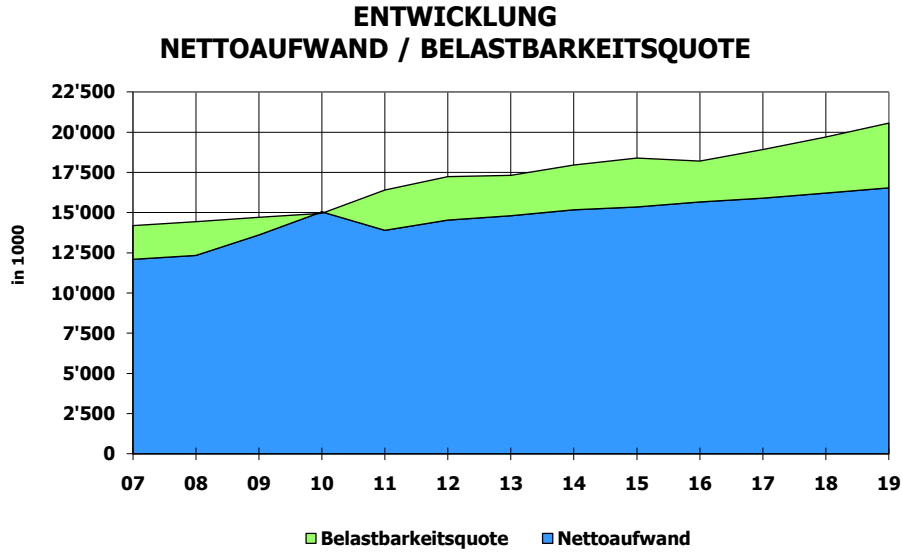
In der Folge erläutert **Finanzchef Alois Spielmann** das Budget der Technischen Betriebe näher. Zum Budgetteil Steuern darf einmal gesagt werden, dass die Rechnung immer besser aussah als das Budget.

BUDGET 2012



In der Folge wird die Folie „Entwicklung Nettoaufwand / Belastbarkeitsquote“ gezeigt:

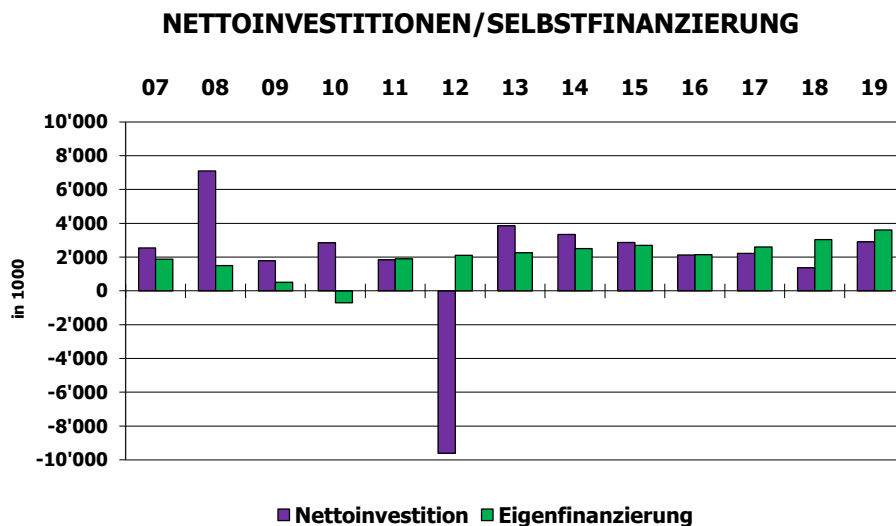
BUDGET 2012



Der Kanton taxiert unseren Finanzhaushalt als vorausschauend geführt. Die blaue Zone zeigt die laufenden Ausgaben, den Nettoaufwand. Die blaue Linie zuoberst zeigt die Einnahmen. Die grüne Zone zeigt die Belastbarkeitsquote welche für die Abschreibungen und die Zinszahlungen gebraucht wird. Die Folie zeigt, dass die Ausgaben heraufgehen, die Steuereinnahmen jedoch auch, dies sogar bei einer ab 2016 geplanten Steuersenkung.

Anschliessend erläutert **Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann** die Investitionen näher:

BUDGET 2012



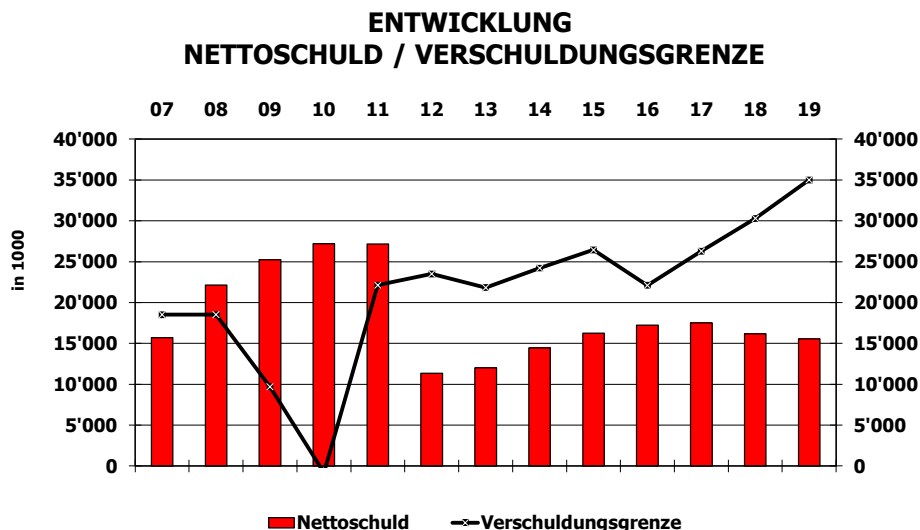
Die Investitionen im Budgetjahr 2012 sind mit rund 2,4 Millionen Franken veranschlagt.

Der Balken beim Jahr 2012 zeigt, dass wir mit dem Verkauf der „Rondelle“ (Projekt Bahnhof West) rechnen und mit der Verselbständigung der Technischen Betriebe. Die Investitionen 2013-2015 sind bedingt durch den Kredit Schulhaus Höhe noch grösser als die Gemeinde selber tragen kann. Ab 2016 können die Investitionen dann aber wieder selber getragen werden.

Zur Schuldenentwicklung: In den letzten 15 Jahren wurden rund 35 Millionen Franken investiert. Die Schulden sind im selben Zeitraum aber nur um 5 Millionen Franken angewachsen. 30 Millionen wurden selber getragen! Hierbei sind die Brocken der Beiträge an die OKUA, an die Ausfinanzierung der Pensionskasse und die Investitionen in die Schulanlagen inbegriffen.

Die Entwicklung Nettoschuld / Schuldengrenze sieht so aus:

BUDGET 2012



Die weiteren Aussichten, so **Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann**, sind recht gut. Wir sind daran eine attraktive Kleinstadt zu werden welche auch Steuerzahler bringt. Das bedingt auch Investitionen. Wenn nur die Schulden zurückbezahlt würden wie einige Leute verlangen und nicht mehr investiert wird hinterlassen wir der nächsten Generation einen Scherbenhaufen. Wenn es normal weiterläuft sollte bereits 2016 wieder eine Steuersenkung möglich sein. Und als weitere Aussicht steht die Verselbständigung der Technischen Betriebe an. Der Gemeinderat wird Aarburg in eine gute und gesicherte Zukunft führen.

FGPK-Sprecher Henry Löw verliest den Prüfbericht der FGPK. Dort war das Budget bis am Schluss umstritten. Die fremdbestimmten Ausgaben, das sind rund 90 % des Gemeindebudgets, steigen stärker an als die Einnahmen. Eigenkapital ist keines mehr vorhanden. Die FGPK ist der Ansicht, dass dieses Budget zumindest eine schwarze Null ausweisen sollte. Das Defizit von rund CHF 470'000 entsteht trotz der Steuerfusserhöhung von 5 %. Für eine schwarze Null müssten die Steuern um 8 % erhöht werden. Die FGPK beantragt zwar grossmehrheitlich, das Budget 2012 wie vorgelegt anzunehmen.

Die FGPK stellt jedoch folgende 3 zusätzliche Anträge

1. Der Gemeinderat erhält den Auftrag, die Gemeinde Aarburg mit einer oder mehreren Nachbargemeinden zu fusionieren und entsprechende Handlungen aufzunehmen;
2. Alle inskünftigen Investitionen die mit Kapitalfolgekosten von mehr als 0.5 Steuerprozenten einhergehen müssen mit einer entsprechenden Steuersatzerhöhung während 10 Jahren gekoppelt werden;
3. Aarburg tritt auf den nächstmöglichen Zeitpunkt beim Standortmarketing von zofingenregio aus (was jährlich rund CHF 57'000 an Einsparungen ermöglicht) und führt entsprechende Förderungsmassnahmen aus eigener Kraft.

Die Detailverhandlung zum Budget ist eröffnet.

Gemeindeammann Charly Grob teilt mit, dass der Antrag Nr. 3 bereits in Umsetzung begriffen ist, denn das Kosten-/Nutzenverhältnis stimmt nicht mehr. Zum Antrag Nr. 1 ist zu erwähnen, dass das Volk betreffend Fusionen im Zusammenhang mit einem Projekt des Vereins Wirtschaftregion Zofingen (WRZ) befragt werden solle.

Ein Votant will wissen wie der Mechanismus des Finanzausgleichs funktioniert und ob Aarburg darauf eventuell Einfluss hat. Antwort **VA Alois Spielmann**: Die Gemeinde hat keinen Einfluss. Es hat u.a. mit der Steuerkraft zu tun, sicher aber nicht mit dem Steuerfuss. Die Details sind im Gesetz geregelt.

Jörg Villiger meint, dass an diesem Budget nur noch mit „Klauberei“ gespart werden kann. Bei den grossen Posten hat die Gemeinde keinen Einfluss. Die Steuerfusserhöhung ist wohl unumgänglich.

Zum Antrag Nr. 2 lässt sich **Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann** vernehmen. Gemäss schriftlich vorliegender Auskunft des Gemeindeinspektorates ist der Einbau einer „Schuldenbremse“ wie von der FGPK vorgeschlagen nicht möglich und rechtlich nicht durchsetzbar. Der Steuerfuss muss jährlich neu festgelegt werden!

Rolf Borner, Präsident der FDP, will wissen, ob die „noch nicht bewilligten Kredite“ gemäss Seite 21 des Budgetbüchleins bei Zustimmung zum Gesamtbudget automatisch bewilligt sind. Wenn man einen dieser Kredite streicht, wirkt sich das dann auf den Aufwandüberschuss auf? Ansonsten stimmt er der Steuererhöhung zu, wenngleich ihm und der FDP eine schwarze Null natürlich lieber wäre.

VA Alois Spielmann bestätigt, dass die noch nicht bewilligten Kredite (ausser diese seien abgelehnt wie der Kredit „Projets urbains“) mit der Zustimmung zum gesamten Budget das OK erhalten. Auf die Laufende Rechnung haben aber nur solche Kredite Einfluss, die *nicht* aus dem Stadtaufwertungsfonds finanziert werden. Investitionskredite schlagen in der Laufenden Rechnung im Folgejahr mit 10% Abschreibungskosten zu Buche. Der Kredit für das Stadtbüro hingegen soll ausschliesslich aus dem Stadtaufwertungsfonds finanziert werden; hier ergibt eine Streichung des Kredits keine Einsparung in der Laufenden Rechnung.

Jörg Villiger kommt auf die in den letzten 2 Jahren unbesetzt gebliebene Stelle auf der Abteilung Zentrale Dienste und Einwohnerkontrolle zu sprechen. Weswegen muss diese Stelle nun wieder aktiviert werden? **Gemeindegemeinder Stephan Niklaus** antwortet, dass nach Abgängen versucht wurde, mit weniger Stellenprozenten auszukommen. Schalter- und Telefondienst wie auch die Erledigung des Tagesgeschäftes können so jedoch nicht gewährleistet werden.

Was macht die Gemeinde, so **Jörg Villiger** weiter, wenn das Budget abgelehnt wird? **Gemeindeammann Charly Grob** weiss nicht, wo dann noch gespart werden soll; schlussendlich würde der Kanton dann den Steuerfuss ansetzen!

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann ergänzt, dass leider nicht wie die FGPK in ihren Ausführung dargelegt hat 10% des Budgets zur freien Verfügung stehen, sondern eben nur knapp 1% ! Nun, sparen ist natürlich schon noch möglich, nämlich wenn man die Badi und die Bibliothek und das Heimatmuseum schliesst und die Beiträge an die Kultur etc. gänzlich streicht! Verzicht auf die Reinigung der Gemeinde mit nachfolgender Entlassung des überzähligen Personals wäre auch noch eine Möglichkeit. Dann aber leidet die Attraktivität der Gemeinde schon sehr rasch. Will der Bürger so etwas überhaupt !?

Kurt Vonwiller beantragt, der Budgetposten Strassenunterhalt von CHF 160'000 sei um CHF 60'000 auf neu CHF 100'000 zu kürzen (Antrag 1) und der Budgetposten Stadtaufwertung von CHF 217'000 sei um CHF 117'000 auf neu CHF 100'000 zu kürzen (Antrag 2).

Henry Löw, Präsident der FGPK, hält fest am Antrag 2 der FGPK der da so lautet:

Alle inskünftigen Investitionen die mit Kapitalfolgekosten von mehr als 0.5 Steuerprozenten einhergehen müssen mit einer entsprechenden Steuersatzerhöhung während 10 Jahren gekoppelt werden

Vizeammann / Finanzchef Alois Spielmann fordert die FGPK auf, sie solle doch klar sagen, dass der Steuerfuss nächstes Jahr nicht nur um 5 sondern eben grad um 9 Prozent erhöht werden soll und im Folgejahr dasselbe, gemessen an den Investitionen... Betreffend Fusionierungen: Es ist absolut nicht klar, ob die Bevölkerung überhaupt eine Fusion will. Das haben nicht 200 sondern alle Stimmbürger zu entscheiden weshalb diesbezüglich zu gegebener Zeit auch eine Befragung stattfinden muss.

Hanspeter Neuenschwander, Mitglied der FGPK, hält den Antrag Nr. 2 der FGPK als nachvollziehbar und ehrlich; je nach Investitionshöhe kann in Zukunft dann der Steuerfuss jeweils angesetzt werden. Die FGPK will in diesem Sinne eine Schuldenbremse einrichten.

Gemeindeschreiber Stephan Niklaus zitiert aus dem Schreiben des Gemeindeinspektorates: Eine bindende Steuerfusserhöhung für 10 Jahre kann nicht festgesetzt werden, das ist rechtlich nicht durchsetzbar. Der Steuerfuss ist alljährlich neu zu beschliessen.

In den anschliessenden **Abstimmungen** zu den einzelnen Anträgen ergibt sich folgendes:

Antrag 1 Kurt Vonwiller → Budgetposten Strassenunterhalt auf CHF 100'000 kürzen
Abgelehnt mit 63 Ja zu 87 Nein-Stimmen

Antrag 2 Kurt Vonwiller → Budgetposten Stadtaufwertung auf CHF 100'000 kürzen
Angenommen mit 118 Zustimmungen

Antrag 1 der FGPK → Abklärung betr. Fusionen (Überweisungsantrag)
Abgelehnt mit 72 Ja zu 77 Nein-Stimmen

Antrag 2 der FGPK → Koppelung Investitionen / Steuerfuss
Keine Abstimmung weil rechtlich nicht durchsetzbar

Antrag 3 der FGPK → Austritt aus Standortmarketing
Keine Abstimmung weil schon von selbst läuft

Man gelangt zur **Schlussabstimmung**.

Beschluss (114 Ja Stimmen / 76 Nein-Stimmen):

Das Budget 2012 wird mit einem um 5 % von 119 % auf neu 124 % erhöhten Steuerfuss genehmigt.

Dieser Beschluss ist am Dienstag, 03. Januar 2012 rechtskräftig geworden.

Protokollauszug an

- Akten GR F3.7.7 Budget EG
- Abt. Finanzen
- Abt. BPU

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6. Einbürgerungen

Gemeindeammann Karl Grob begrüsst die im Zuschauerbereich auf der Ballustrade anwesenden Einbürgerungskandidaten. Er erwähnt, dass ab nächstem Jahr die Einbürgerungsgesuche jeweils der Sommer-Gemeindeversammlung unterbreitet werden.

Von 39 erwachsenen Gesuchstellern haben 21 Personen den schriftlichen Einbürgerungstest durch Erreichen der notwendigen Punktezahl bestanden. Diese Personen wurden anschliessend zu einem persönlichen Gespräch vor die Einbürgerungskommission eingeladen. 3 BewerberInnen wurden nach diesem eingehenden Gespräch noch abgelehnt.

Der heutigen Versammlung werden nun 16 Gesuche (18 Erwachsene und 8 Kinder) zum Entscheid vorgelegt. Bei allen Gesuchen sind alle Anforderungen erfüllt. Zur Ablehnung empfohlene Gesuche sind keine zu verzeichnen.

Einbürgerungs-Anträge im Überblick

- 6.1 Besic, Senadin
- 6.2 Filipovac, Suzana
- 6.3 Gonzalez Villaverde, Maria del Pilar
- 6.4 Hosseini, Mirwais und Tochter
- 6.5 Marjanovic, Ivan
- 6.6 Marjanovic, Kristina
- 6.7 Meholfi, Sara
- 6.8 Murseli, Elife
- 6.9 Pajtak, Danijel und Familie
- 6.10 Picciano, Antonio
- 6.11 Quaino, Carmelo
- 6.12 Salcaj, Bekim und Familie
- 6.13 Salcaj, Sphend und Kinder
- 6.14 Tahiri, Ilir
- 6.15 Tassone, Mara
- 6.16 Terzi, Fatma

Ausstandsregelung

Der Gemeinderat will den StimmbürgerInnen gestützt auf Art. 34 BV die freie Willensbildung und die unverfälschte Stimmabgabe gewähren. In diesem Sinne dürfen die BürgerrechtsbewerberInnen bei der Vorstellung respektive bei den allgemeinen Informationen zu den Einbürgerungen im Gästebereich des Versammlungslokals anwesend sein. Sie verlassen das Lokal aber dann, wenn die einzelnen Gesuche zur Beratung und Abstimmung gelangen.

FGPK-Mitglied Fredy Nater gibt bekannt, dass die FGPK sämtlichen Anträgen des Gemeinderates zustimmt.

Sämtliche als Gäste/Zuschauer anwesenden Kandidaten (und - soweit vorhanden, deren Ehegatten, Eltern und deren Kinder mit ihren Ehegatten) begeben sich nun in den **Ausstand**.

Jörg Villiger, unterstützt durch einen weiteren Redner, moniert, dass Familien teilweise nicht miteinander eingebürgert werden, wohl wegen fehlenden Sprachkenntnissen und fehlender Integration bei einem der beiden Eheleute. Man sollte die Eheleute nur zusammen einbürgern.

Gemeindeammann Karl Grob antwortet, dass es sich mit dem geltenden Verfahren halt ergeben kann, dass nur einer der Ehepartner die Bedingungen bzw. die schriftliche Prüfung bestanden hat. Er klärt zudem auf, dass Kandidaten welche die Prüfung bestehen ein ANRECHT darauf haben, eingebürgert zu werden.

Kamal Schan wurde an der Herbst-GV 2009 eingebürgert. Sie sagt, dass es ihrem Vater trotz aller Lernstunden mit ihr - immerhin eine Jus-Studentin, die Prüfung nicht bestanden hat, wohl aber die Mutter. Es wäre nun falsch, diejenige Person abzulehnen welche die Prüfung ja bestanden hat.

Gemeindeammann Karl Grob geht in der Folge alle Kandidaten durch.
Es werden dazu keine Beratungen gewünscht.

Es wird über jedes Gesuch einzeln abgestimmt.

Allen Gesuchstellern wird das Aarburger Bürgerrecht zugesichert.

Es wird auf die nachstehenden Protokolle mit den einzeln durchgeführten Abstimmungen verwiesen!

Protokollauszug an

- Abteilung EZD
- Akten GR B5.1.1 Einbürgerungsrunde 2011
- Akten GR B5.1.2 mit allen Beschlüssen gem. Ziff. 6.1 bis 6.16 hienach

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeineschreiber

6.1 Einbürgerung BESIC Senadin

Familiennamen	BESIC
Vornamen	Senadin
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Wohnberater
Heimatland	Bosnien und Herzegowina
Geburtsdatum	27.04.1989
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Höheweg 8

Beschluss:

BESIC Senadin wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.2 Einbürgerung FILIPOVAC Suzana

Familiennamen	FILIPOVAC
Vornamen	Suzana
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Kauffrau
Heimatland	Serbien
Geburtsdatum	26.02.1984
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 20

Beschluss:

FILIPOVAC Suzana wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.3 Einbürgerung GONZALEZ VILLAVERDE Maria del Pilar

Familiennamen	GONZALEZ VILLAVERDE
Vornamen	Maria del Pilar
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Sachbearbeiterin
Heimatland	Spanien
Geburtsdatum	22.02.1988
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Pilatusstrasse 3

Beschluss:

GONZALEZ VILLAVERDE Maria del Pilar wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.4 Einbürgerung HOSSEINI Mirwais und Tochter

Familiennamen	HOSSEINI
Vornamen	Mirwais
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Allrounder
Heimatland	Afghanistan
Geburtsdatum	04.08.1979
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 16

und dessen Tochter

HOSSEINI Raihana, geb. 17.12.2009 in Rothrist AG

Beschluss:

HOSSEINI Mirwais wird mit der Tochter gegen die Entrichtung von CHF 1'500 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.5 Einbürgerung MARJANOVIC Ivan

Familiennamen	MARJANOVIC
Vornamen	Ivan
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Logistiker EFZ in Ausbildung
Heimatland	Kroatien
Geburtsdatum	26.09.1994
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Bifangstrasse 44

Beschluss:

MARJANOVIC Ivan wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.6 Einbürgerung MARJANOVIC Kristina

Familiennamen	MARJANOVIC
Vornamen	Kristina
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Detailhandelsfachfrau
Heimatland	Kroatien
Geburtsdatum	29.10.1989
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 12

Beschluss:

MARJANOVIC Kristina wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.7 Einbürgerung MEHOLLI Sara

Familiennamen	MEHOLLI
Vornamen	Sara
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Fachfrau Gesundheit in Ausbildung
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	11.11.1991
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Bifangstrasse 30

Beschluss:

MEHOLLI Sara wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.8 Einbürgerung MURSELI Elife

Familiennamen	MURSELI
Vornamen	Elife
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Detailhandesfachfrau in Ausbildung
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	10.10.1994
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Frohburgstrasse 61

Beschluss:

MURSELI Elife wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.9 Einbürgerung PAJTAK Danijel und Familie

Familiennamen	PAJTAK
Vornamen	Danijel
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagerleiter
Heimatland	Kroatien
Geburtsdatum	16.11.1976
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 4

Familiennamen	PAJTAK geb. Bilješko
Vornamen	Luca
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Logistikmitarbeiterin
Heimatland	Kroatien
Geburtsdatum	27.08.1980
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Im Kupferschmied 4

und deren Kinder

PAJTAK Roman, geb. 12.07.1999 in Olten SO

PAJTAK Carlo, geb. 30.08.2003 in Olten SO

Beschluss:

Die Eheleute PAJTAK werden mit den Kindern gegen die Entrichtung von CHF 3'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an

– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.10 Einbürgerung PICCIANO Antonio

Familiennamen	PICCIANO
Vornamen	Antonio
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Softwareentwickler
Heimatland	Italien
Geburtsdatum	03.03.1975
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Steinrain 8

Beschluss:

PICCIANO Antonio wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.11 Einbürgerung QUAINO Carmelo

Familiennamen	QUAINO
Vornamen	Carmelo
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Sachbearbeiter
Heimatland	Italien
Geburtsdatum	24.07.1963
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Brodheiteristrasse 61

Beschluss:

QUAINO Carmelo wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.12 Einbürgerung SALCAJ Bekim und Familie

Familiennamen	SALCAJ
Vornamen	Bekim
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagermitarbeiter
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	01.10.1979
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Bifangstrasse 34

Familiennamen	SALCAJ geb. Bytyqi
Vornamen	Besire
Geschlecht	f
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagermitarbeiterin
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	26.11.1982
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Bifangstrasse 34

und deren Kinder

SALCAJ Eldon, geb. 15.08.2006 in Olten SO
SALCAJ Leona, geb. 19.12.2008 in Olten SO

Beschluss:

Die Eheleute SALCAJ werden mit den Kindern gegen die Entrichtung von CHF 3'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.13 Einbürgerung SALCAJ Shpend und Kinder

Familiennamen	SALCAJ
Vornamen	Shpend
Geschlecht	m
Zivilstand	verheiratet
Beruf	Lagerist
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	22.12.1975
Geburtsort CH	---
Adresse	4663 Aarburg, Oltnerstrasse 46

und dessen Kinder

SALCAJ Fatlinda, geb. 23.06.1996 in Langenthal BE
SALCAJ Adrijan, geb. 07.09.1999 in Langenthal BE
SALCAJ Eliana, geb. 04.01.2009 Langenthal BE

Beschluss:

SALCAJ Shpend wird mit den Kindern gegen die Entrichtung von CHF 2'500 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.14 Einbürgerung TAHIRI Ilir

Familiennamen	TAHIRI
Vornamen	Ilir
Geschlecht	m
Zivilstand	ledig
Beruf	Automatiker in Ausbildung
Heimatland	Kosovo
Geburtsdatum	20.10.1991
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Tunnelweg 7

Beschluss:

TAHIRI Ilir wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.15 Einbürgerung TASSONE Mara

Familiennamen	TASSONE
Vornamen	Mara
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Detailhandelsfachfrau
Heimatland	Italien
Geburtsdatum	16.10.1988
Geburtsort CH	Zofingen AG
Adresse	4663 Aarburg, Fliederstrasse 2

Beschluss:

TASSONE Mara sei gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufzunehmen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

6.16 Einbürgerung TERZI Fatma

Familiennamen	TERZI
Vornamen	Fatma
Geschlecht	f
Zivilstand	ledig
Beruf	Detailhandelsfachfrau
Heimatland	Türkei
Geburtsdatum	19.01.1988
Geburtsort CH	Olten SO
Adresse	4663 Aarburg, Bahnhofstrasse 24

Beschluss:

TERZI Fatma wird gegen die Entrichtung von CHF 1'000 in das Aarburger Bürgerrecht aufgenommen.

Der Beschluss ist endgültig und untersteht dem fakultativen Referendum nicht.

Protokollauszug an
– Akten GR B5.1.2

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeindeschreiber

7. Orientierungen und Umfrage

7.1

Gemeinderat / Bauchef Rolf Walser erinnert daran, dass der Gemeinderat an der Sommer-GV 2011 („Votum Kuppelwieser“) beauftragt wurde zu prüfen, ob in der **Aarburger BNO** ein sogenannter „**Mehrwertausgleich**“ verankert werden könne. Wenn Landwirtschaftsland durch die dafür zuständige Gemeindeversammlung zu Bauland eingezont wird, entsteht ein Mehrwertwert. Im Schweizerischen Raumplanungsgesetz ist geregelt, dass die öffentliche Hand den Mehrwert in solchen Einzelfällen abschöpfen kann. In der Muster-BNO des Kantons Aargau ist vorgesehen, dass die Gemeinden einen Artikel über die Mehrwertabschöpfung in ihre BNO aufnehmen können. Die Gemeinde Aarburg wird dies bei der nächsten Teilrevision der BNO berücksichtigen und die Mehrwertabschöpfung regeln.

Protokollauszug an:

- Abteilung BPU
- Akten GR B1.7.2

7.2

Belinda Richner, Präsidentin Schulpflege, orientiert über den Stand der Dinge in Sachen **Einführung von Blockzeiten an der Schule Aarburg**.

Aus dem Bericht der externen Schulevaluation ist das Bedürfnis nach Blockzeiten an der Schule Aarburg klar hervorgegangen. Auch in verschiedenen Elternkontakten hat sich dieses Bedürfnis bestätigt. Verschiedene umliegende Gemeinden werden demnächst Blockzeiten einführen. Rothrist hat dies gestern an der GV beschlossen, Oftringen und Zofingen schon vor längerer Zeit. Die Einführung von Blockzeiten an der Schule Aarburg noch in der laufenden Amtsperiode ist ein klares strategisches und öffentlich kommuniziertes Ziel der Aarburger Schulpflege. Der Gemeinderat unterstützt die Einführung der Blockzeiten nicht zuletzt auch im Sinne der Stadtaufwertung und der Standortqualität.

Die Schulpflege darf mit Freude verkünden, dass die Arbeiten zum Projekt Blockzeiten bereits gestartet sind. Schon im Januar 2012 wird der Schulpflege die Projektskizze zur Bewilligung unterbreitet werden. Alsdann wird die Schulpflege die Schulleitung beauftragen, das Projekt im Detail auszuarbeiten. Sobald weitere Infos vorliegen wird wieder orientiert.

Protokollauszug an:

- Schulpflege
- Schulleiter
- Akten GR S1.6

7.3

Hans Somogyi verlangt Auskunft über die Voraussetzungen für den Bezug von Sozialhilfe in einem ganz bestimmten Fall: Es geht um eine Frau samt ihrem Ehemann, ihrem Freund, den mehreren Kindern und dazu noch den mehreren Hunden, alle in derselben Liegenschaft. Der **Leiter Soziale Dienste, Max Hirsbrunner**, stellt klar, dass für Haustiere kein Sozialhilfebetrag gewährt wird und diese Kosten aus dem Grundbedarf gedeckt werden müssen.

7.4

Urs Erni bedauert, dass der Kreditbetrag betreffend **Quartierentwicklungsprogramm „Projets urbains“** heute abgelehnt wurde. Gute Entwicklungen haben eine Eigendynamik, schlechte aber eben auch, bei schlechten Entwicklungen geht es immer schneller schlechter. Mit dem ablehnenden Entscheid wird die Grenze Aarburg Nord weiter „zementiert“.

Protokollauszug an:

- Akten GR B1.3.2

7.5

Jörg Villiger ruft den GR dazu auf, sich Gedanken zu machen, dass die Versammlungen nicht immer so lange dauern ...; eventuell sei jeweils eine dritte GV einzuberufen. **GA Charly Grob** wendet ein, dass ab 2012 die Einbürgerungen auf die Sommergemeinde verschoben werden, damit die Traktandenlisten beider Gemeindeversammlungen inskünftig in etwa ausgeglichen sind.

7.6

Gemeindeamman Charly Grob orientiert über die vorgesehene **Verselbständigung der Technischen Betriebe**. Der Bericht des Projektteams liegt fast druckfrisch vor und wurde vom Gemeinderat für gut befunden. Das Geschäft soll möglichst an der Sommer-GV 2012 vorgelegt werden. Vorgängig soll ausführlich öffentlich informiert werden.

Protokollauszug an:

- Akten GR E1.C

7.7

Gemeindeammann Charly Grob wirbt für den **Weihnachtsmarkt mit Festungsbasar** von morgen Samstag, 26.11.2011.

4663 Aarburg, 09. Januar 2012 / Wicki / A1.2.2

L:\ARCHIV\A1\PROTOKOLLE EGV\A122-Prot-EGV 2011.11.25.docx

Für getreues Protokoll:

GEMEINDERAT AARBURG

Karl Grob
Gemeindeammann

Stephan Niklaus
Gemeineschreiber

Verteiler Gesamtprotokoll

- Gemeinderäte (5)
- Mitglieder FGPK (9)
- Akten GR A1.2.2
- as **Registrierung** *(nur letzte Seite)*
- Wi **Homepage** *(nur letzte Seite)*